



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 2. Februar 2021

CO₂-Gesetz unterstützt Klimapolitik der Schweizer Städte

Die Schweizer Städte sind vom Klimawandel direkt betroffen und nehmen im Kampf dagegen eine tragende Rolle ein. Deshalb unterstützt der Schweizerische Städteverband die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, über welche die Stimmbevölkerung am 13. Juni abstimmen wird. «Ein gesetzlicher Rahmen unterstützt die Städte im Bestreben, lokal klimapolitische Vorstösse umzusetzen», sagt Corine Mauch, Vizepräsidentin des Schweizerischen Städteverbandes und Stadtpräsidentin von Zürich.

Von Netto-Null-Strategie über flächendeckende Tempo-30-Zonen bis zur Ausrufung des Klimanotstandes: In den Schweizer Städten wurden und werden zahlreiche klimapolitische Vorstösse initiiert, die auf eine Reduktion des CO₂-Ausstosses zielen. Eine gesetzliche Grundlage wie das vorliegende CO₂-Gesetz unterstützt die Städte in ihren Bestrebungen. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag, um die Vorgaben aus dem Pariser Klimaabkommen zu erfüllen. Der Schweizerische Städteverband steht hinter diesem Abkommen.

Um die Reduktionsziele zu erreichen und um den Kampf gegen den Klimawandel weiter voranzutreiben, ist eine Revision des CO₂-Gesetzes nötig. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 halbiert werden.

Wichtige Ergänzung zu vielfältigen Initiativen

Die Städte haben viele Hebel, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, und diese müssen auch in Bewegung gesetzt werden, damit die diversen Vorstösse auf lokaler Ebene umgesetzt werden können. «Zahlreiche Städte machen schon lange ernst mit einer engagierten Klimapolitik», sagt Sami Kanaan, Stadtpräsident von Genf und Vizepräsident des Schweizerischen Städteverbandes. «Es gibt unzählige Initiativen und Projekte zur CO₂-Emissionsreduktion. Genf z.B. kennt schon seit über 10 Jahren die 'Service Agenda 21 – Ville durable', eine vielfältige Strategie für eine nachhaltige Stadt.» Diese Projekte alleine reichen jedoch nicht aus, um die Vorgaben aus dem Pariser Abkommen zu erfüllen, fährt Kanaan fort. «Es braucht deshalb dieses Bundesgesetz, das Mindestvorschriften verankert.»

Städte direkt betroffen

Auch Corine Mauch, Stadtpräsidentin von Zürich und SSV-Vizepräsidentin, unterstützt die Totalrevision des CO₂-Gesetzes. «Wir sind in der Stadt direkt und besonders stark vom Klimawandel betroffen, beispielsweise durch die markant zunehmende Hitze», stellt sie fest. «Zürich überarbeitet zurzeit das Klimaziel und prüft, bis wann und mit welchen Mitteln die Stadt die Klimaneutralität erreichen kann. Das nationale Gesetz ist dafür eine unabdingbare Voraussetzung.»

Aus Sicht der Städte sind die Gebäudesanierungen ein zentrales Anliegen. Der Städteverband unterstützt den im CO₂-Gesetz vorgesehenen Klimafonds, mit dem die Gebäudeprogramme weiter finanziert werden sollen. Diese schaffen Anreize zur Sanierung von schlecht isolierten Gebäude, die zu knapp einem Viertel für die Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Weniger CO₂-Ausstoss



von Altbauten ist zusammen mit den weiteren Massnahmen ein wichtiges Element, welches die Städte unterstützt, ihre ambitionierten klimapolitischen Ziele zu erreichen.

[Dossier Klimapolitik auf der Website des Städteverbandes](#)

Weitere Informationen:

Corine Mauch, Vizepräsidentin Städteverband und Stadtpräsidentin Zürich:

044 412 31 20 (15.30 Uhr bis 16.00 Uhr.)

Sami Kanaan, Vizepräsident Städteverband und Stadtpräsident Genf: 079 204 30 12

Hintergrundinformationen zum Schweizerischen Städteverband

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.